

Rede von Matthias Bärwolff

Sicherung und Ausbau von Schulsozialarbeit in Thüringen / Situation der Schulpsychologie in Thüringen

Zum Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - Drucksache 4/2481 - und zum Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 4/2500 -

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrte Schülerinnen und Schüler da oben auf der Tribüne, heute geht es um Euch. Ja, meine Damen und Herren, man muss auch das Publikum begrüßen. Es ist ja sonst keiner da, ich finde das sehr bedauerlich angesichts der Wichtigkeit dieses Themas.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Fraktion der Linkspartei.PDS hat heute einen Antrag auf die Tagesordnung gesetzt mit dem Titel "Sicherung und Ausbau von Schulsozialarbeit in Thüringen". Dass dieser Antrag gemeinsam mit dem Antrag "Situation der Schulpsychologie in Thüringen" beraten wird, halte ich für schwierig. Aber es ist nun mal so und wir werden das schon hinbekommen. Wir hatten bereits im November versucht, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Das ist uns leider nicht gelungen, es wurde von der Mehrheitsfraktion abgelehnt.

Aber erlauben Sie mir bitte einige grundsätzliche Bemerkungen zur Bedeutung von Schulsozialarbeit, bevor ich auf die landespolitische Debatte und unseren aktuellen Auftrag als Parlament eingehe. Meine Damen und Herren, die Schulsozialarbeit verfügt über eine Fülle an Möglichkeiten und Aufgaben - drei wesentliche möchte ich hervorheben:

Erstens geht es um eine kompensatorische Leistung für Schüler, denen bei der Bewältigung von Alltagsorgen geholfen werden soll. Dafür haben Lehrerinnen und Lehrer im Schulalltag häufig keine Zeit mehr. Zudem können Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter anders auf Jugendliche zugehen. Sie stellen den Kontakt auf einer anderen Ebene her und finden bei Problemen oft auch eher das Vertrauen der Schülerinnen und Schüler. Dies ist ausdrücklich kein Vorwurf an die Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen, sondern es ist eine Bereicherung des Systems Schule.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ein zweiter Aufgabenbereich besteht in einer komplementären, in einer ergänzenden Funktion. Schulsozialarbeit kann auf kompliziertere Gruppen und individuelle Probleme ganz anders und mit einem erweiterten Methodenspektrum reagieren als der Lehrer. Sie kann das eigene Wirken in und mit der Schule effizient mit außerschulischen Hilfeangeboten der Jugendlichen verbinden und so Potenziale zur Verbesserung individueller Motivation und zur Eindämmung von Ausgrenzungs- und Benachteiligungserfahrungen aufschließen.

Der dritte Aspekt von Schulsozialarbeit ist die kooperative Funktion, die Vernetzung von Lebensbereichen. So können mit Schulsozialarbeit viele neue Erfahrungen gerade aus dem außerschulischen Bereich in die Arbeit an der Schule einfließen. Freizeitangebote der musischen, sportlichen und intellektuellen Bildung können auf völlig neue Art Teil des schulischen Lebens werden, Schule bereichern und sie dadurch auch attraktiver machen.

In der Zusammenbindung dieser drei Wirkungsrichtungen von Schulsozialarbeit liegt die große Chance, Benachteiligungen und Defizite von Kindern und Jugendlichen früher zu erkennen und ihnen effizienter und vor allem flächendeckend entgegenzuwirken.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Danke schön.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Ziel der Schulsozialarbeit ist unter anderem die Bewältigung von Alltagsproblemen, die immer häufiger zu Schulabstanz, also Schulbummelei, und zu Demotivation führen, aber auch die bessere berufliche Integration, unter anderem durch eine intensivere Berufswahlorientierung. Zudem wird wohl auch eine Verbesserung des Schulklimas Folge sein. Auch der Aufbau sinnvoller Freizeitangebote für Schüler, die ihrerseits Motivation und mitmenschliches Verhalten stärken, kann ein Ziel der Schulsozialarbeit sein. Die Beratung von Schülerinnen und Schülern bei Konflikten mit Lehrern ist ebenso möglich wie die frühe Erkennung von Ausgrenzungs- und Gewalterfahrungen bei Kindern. Hier kann mit sozialpädagogischen Maßnahmen schnell gehandelt werden. Hier kann auch, meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU, viel für die Werteorientierung der jungen Menschen getan werden. Und es muss aufhorchen lassen, dass die an den Berufsschulen angesiedelten wenigen Schulsozialarbeiter nach Aussagen der Berufsschulen allein mit der Bekämpfung von Benachteiligungen und Defiziten fast immer hoffnungslos überlastet sind.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Für Projekte, die im Freizeitbereich angesiedelt sind, die auf die allgemeine Verbesserung des Schulklimas abzielen, bleibt fast immer keine Zeit. Ganz ähnlich ist der Bedarf an solchen Unterstützungsangeboten in vielen Regelschulen einzuschätzen. Hier gibt es neben den beschriebenen Effekten für die Bildungslandschaft auch verstärkt die Chance, die Schule zugleich als wichtigen Teil des Sozialraums und der sozialräumlichen Planung auszugestalten. In Suhl etwa gibt es insgesamt fünf Schulsozialarbeiter, die nach Aussagen des Sozialdezernenten auch stabilisierend in dem Sozialraum wirken. Dies kann nur positiv sein und etwa die Wirksamkeit von Strategien zur Bekämpfung von Armutfolgen und Gewalt verbessern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Sozialverhalten wird heute zunehmend von einem Klima des aggressiven Wettbewerbs nach dem Motto "jeder gegen jeden" geprägt. Hier kann gerade die Schulsozialarbeit einen entscheidenden Beitrag zur Minderung dieser Negativfolgen, wie etwa eben der benannten Gewalterfahrung, leisten. Der Schulsozialarbeiter kann und muss nicht nur aktiv in das Geschehen an der Schule eingreifen, er hat, wie gesagt, auch eine wichtige Rolle bei der Werteerziehung der Schülerinnen und Schüler. Wenn wir franktionsübergreifend von der Notwendigkeit sprechen, dass die Schule von einem Ort des reinen Wissenserwerbs zu einem Ort des sozialen Lernens werden muss, dann hat hier der Schulsozialarbeiter eine ganz wichtige Funktion. Dabei soll und darf er nicht als Gegner oder Kontrahent des Lehrers auftreten, er ist auch nicht der Dompteur von Schülerinnen und Schülern und erst recht nicht der verlängerte Arm der Eltern, nein, er hat einen ganz eigenen Platz im System Schule, und dort muss er einen angemessenen Platz finden, um seine Aufgaben zum Nutzen aller, der Schüler, der Lehrer, aber auch der Eltern zu erfüllen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema "Schulsozialarbeit" ist in diesem Haus nicht neu. Seit den 90er-Jahren taucht es immer mal wieder in den Debatten auf und taucht dann auch wieder ab. Es wurden in verschiedenen Abständen verschiedene Programme aufgelegt, die nach einigen Jahren ausliefen und es wurde still um das Thema. Begonnen hat es, um die außerschulischen Angebote, die aus DDR-Zeiten übrig geblieben waren, mit einem Landesprogramm "Jugendarbeit in Schulen" abzufedern, welches 1994 aufgelegt wurde. In 44 Schulen wurden damals modellhaft zusätzliche Angebote geschaffen, die der Freizeitbeschäftigung der Schüler, der kulturellen, der musischen, aber auch der sozialarbeiterischen Bearbeitung von Problemen dienten. In den Jahren 1994 bis 1997 förderte der Freistaat die von freien Trägern geleistete Jugendarbeit an diesen Schulen zusätzlich zu den Personalkosten mit fast 5 Mio. DM. Die unter der Leitung von Frau Prof. Saite vorgenommene wissenschaftliche Auswertung dieses Programms konstatierte einen vollen Erfolg. Trotz anfänglicher Berührungsängste unter anderem aufseiten der Schulleiter und der Lehrer versicherten am Ende dieses Programms fast alle beteiligten Schulen, wie positiv sich die Tätigkeit der Schulsozialarbeiter auf ihren Schulalltag ausgewirkt habe. Unter anderem war ein Rückgang von Gewaltbereitschaft, eine Entlastung der Lehrer durch die Bearbeitung individueller Problemfälle und eine deutliche Verbesserung des Schulklimas zu konstatieren. Leider ging es diesem Modellprojekt auch so, wie vielen etlichen anderen guten Ansätzen, die im Jugendbereich ausprobiert wurden. Eine fortsetzende Regelfinanzierung war nicht geplant und fand damit nicht statt.

Zu einem neuerlichen Aufwärts kam es, als die Thüringer Landesregierung auf die zunehmenden Probleme im Bereich Schule im Haushalt 2002/2003 mit einem eigenen Haushaltstitel reagierte, den sie "Schuljugendarbeit" nannte. Etwas über 400 Schulen teilten sich eine Summe von etwa 2,5 Mio. €, die schwerpunktmäßig für die Verbesserung der Freizeitangebote an Schulen verwendet wurden. Nicht zuletzt sollten hierdurch auch Ganztagschulkonzepte unterstützt werden. Allerdings enthielt dieses Programm keinerlei Personalkosten und konnte deswegen auch fachlich keineswegs die Anforderungen erfüllen, die die vielfältigen Problemlagen im schulischen Bereich an eine gute Schulsozialarbeit stellen. Diese Nachteile, Herr Carius, die Sie ja vorhin so in Abrede gestellt haben, hat unsere Fraktion damals auch schon ganz klar benannt. Im Rahmen der Richtlinie "Schulsozialarbeit an berufsbildenden Schulen" konnte dann seit 2002 zumindest im Schwerpunktbereich der Berufsschulen ein gewisser Bestand an Kräften und Projekten der Schulsozialarbeit gefördert werden. Dies betraf 47 Schulen. Es war bei aller Kritik an den Finanzansätzen und der inhaltlichen Ausrichtung der Projekte aus unserer Sicht immerhin eine richtige Politik des Landes, die Steuerungsverantwortung im Jugendbereich nicht völlig aus der Hand zu geben. Umso schärfer müssen wir die Anfang 2006 vollzogene Zusammenführung der Mittel der Richtlinien der Jugendpauschale und der Schuljugendarbeit und auch der Schulsozialarbeit an berufsbildenden Schulen und die damit einhergehende absolute und krasse Kürzung der Mittel kritisieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was Sie mit dieser Richtlinie zusammengeführt haben, das, was Sie mit dieser Richtlinie gekürzt haben, kann auf kommunaler Ebene auf keinen Fall kompensiert werden - das wissen Sie genauso gut wie ich. Und - Herr Illert, Sie haben es so vorhin gesagt - von vormals 17 Landkreisen und kreisfreien Städten, die von den Angeboten der Schulsozialarbeit Gebrauch gemacht haben, führen gerade einmal 12 Landkreise diese Projekte durch. Allein in Erfurt hat der Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit der Bedarfsplanung ... Wie bitte?

(Zwischenruf Illert, Staatssekretär: Bisher, 15 wahrscheinlich, 5 x 3 macht 15.)

Da fehlen trotzdem zwei Landkreise. Wenn Sie sich anschauen, wie z.B. im Jugendhilfeausschuss in Erfurt in dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung gerüttelt werden muss, um die Stellen auch zu finanzieren. Denn das Geld ist einfach knapp und das wissen Sie genauso gut wie alle anderen. Es ist einfach heuchlerisch, wenn Sie sozusagen die Mittel, die zur Finanzierung bereitstehen, kürzen und dann die Verantwortung den Kommunen in die Schuhe schieben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Dass das nicht abgedeckt und nicht kompensiert werden konnte, das mussten Sie wissen und ich glaube auch, Sie haben es gewusst. Von den im Dezember 2004 in Thüringen immerhin noch 50 an den Berufsschulen tätigen Sozialarbeitern sind heute noch etwa 20 nach unseren Recherchen tätig. In Erfurt beispielsweise war es nur durch einen Kraftakt der Kommune möglich, die bis dahin maßgeblich durch das Land finanzierten fünf Schulsozialarbeiterstellen zu retten. Ähnliches gelang auch im Altenburger Land, wo es um eine Schulsozialarbeiterstelle ging.

Sie sehen schon an diesen Unterschieden, dass das Land die Kommunen mit der Aufgabe der Schulsozialarbeit unmöglich alleinlassen kann. Umso mehr, wenn man diese wenigen Stellen dem tatsächlichen Bedarf gegenüberstellt.

Meine Damen und Herren, nicht nur der Thüringer Landtag beschäftigt sich heute mit diesem Thema, auch der Landesjugendhilfeausschuss, der am 4. Dezember 2006 hier tagte, hat die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit bestätigt und ihren Aufbau auch an allen allgemeinbildenden Schulen, mit Ausnahme der Grundschulen, gefordert. Nachzulesen ist das im Beschluss des Jugendhilfeausschusses 64 aus dem Jahre 2006. In der Begründung dieses Beschlusses steht, Frau Präsidentin, ich zitiere: "Eine Ausweitung von Schulsozialarbeit erweist sich zur Bewältigung der Problemsituation an Schulen als unumgänglich." Frau Präsidentin, ich möchte noch einmal zitieren: "Die Schulsozialarbeit an den berufsbildenden Schulen hat sich in den vergangenen Jahren bewährt und wird als ausschließlich positiv eingeschätzt. Sie sollte auch in Zukunft als wichtiger Bestandteil eine Brückenfunktion zwischen den berufsbildenden Schulen, den Angeboten der Jugendhilfe und den Anforderungen der Ausbildungs- und Beschäftigungsbetriebe wahrnehmen." Dieser Satz stammt von niemand anderem als Herrn Prof. Dr. Goebel, dem Minister für Bildungs- und Kulturabbau. Er zeigt wie viele andere, was von der Qualität zu halten ist, in der die Landesregierung fachliche Dinge beurteilt. Denn jedes fachliche Statement, jede fachliche Beurteilung fällt sofort um, wenn es ums Geld sparen geht. So war das bei den Horten und so war das auch in Bezug auf die Finanzierung von Jugendhilfe allgemein und so ist es in der Frage der Schulsozialarbeit im Speziellen. Sie sagen, ja, die Sache ist vernünftig und wichtig, trotzdem lassen Sie sie auslaufen und wegbrechen - das ist Ihre Politik. Und das, meine Damen und Herren, wo es doch im Bereich der Berufsschulen noch nicht einmal um ein halbes Hundert Projekte ging - so kleine Brötchen backen Sie. Indem Sie hier und in der Jugendarbeit ein paar Tausend Euro sparen, glauben Sie, retten Sie die Zukunft. Meine Damen und Herren, das tun Sie nicht - Sie verspielen sie!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Kosten, die eine nach und nach verwehrlose Jugend produzieren, übersteigen Ihre Ersparungen um das Zehn-, ach, um das Hundertfache. Haben denn die 6 Mio. €, die Sie bei der letzten Kürzung gespart haben, an der Verschuldung von Thüringen etwas geändert? Ich glaube nicht. Ich sage Ihnen, wenn es um das Abfedern der momentan krassen

Orientierungsprozesse, der Krisen und Probleme unserer Jugend geht, da müsste man größere Brötchen backen, im Interesse nicht nur der Jugendlichen, sondern der gesamten Gesellschaft. Wer das will, der kann es auch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Antrag der Linkspartei.PDS wird der fachlichen Diskussion Rechnung getragen, die eine stärkere Vernetzung von Schul- und Jugendhilfe fordert, da die Schule einen wichtigen Teil der Lebenswelt junger Menschen darstellt. Nicht nur aus der fachlichen Diskussion, sondern auch aus den PISA-Ergebnissen geht hervor, dass das System Schule in Deutschland nicht in der Lage ist, den Defiziten von Jugendlichen angemessen entgegenzuwirken. Im Gegenteil, im heutigen Bildungssystem werden diese Benachteiligungen systematisch verstärkt.

Meine Damen und Herren, in den §§ 1 und 13 des Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes wird ein Recht auf Förderung von Kindern auf ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten unterstrichen sowie die Pflicht, Benachteiligungen zu vermeiden bzw. sie abzubauen. Von der umfassenden Verwirklichung dieses Rechts von Kindern und Jugendlichen sind wir in Thüringen weiter denn je entfernt. Im Gegenteil, mit den umfangreichen Kürzungen in den letzten Jahren wurde dieser Grundsatz grob missachtet.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Versteht das einer?)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Natürlich.)

Frau Tasch, wenn Sie das nicht verstehen, das ist echt traurig.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie kürzen hier permanent die ...

(Unruhe bei der CDU)

Wie bitte?

(Zuruf aus dem Hause)

Du verstehst es? Ja, Frau Tasch war auch noch nicht bei dir in der Kommunalerschulung, von daher ...

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Ich mache jetzt einfach mal weiter.

Wir wollen mit unserem Antrag nicht nur die bestehende Schulsozialarbeit an berufsbildenden Schulen sichern, nein, meine Damen und Herren, wir gehen einen Schritt weiter, wir wollen die Schulsozialarbeit auch an den Regelschulen, an den Hauptschulen etablieren.

Mit der Schulsozialarbeit hat man nun ein Instrument der Jugendhilfe, die ja einen ganz anderen Ansatz als die Schule hat, nämlich den Grundsatz der Freiwilligkeit. Hiermit hat man ein Instrument, um benachteiligten Schülern zu helfen. Wenn die Schulsozialarbeit schon ab der 5. Klasse greifen würde, könnten viele Probleme, für deren Entstehen zwar die Schule

verantwortlich ist, aber die sie nicht selber lösen kann, verhindert werden. Damit würde der "Lernort Schule" zu einem "Lebensort Schule". Bei rund 580 allgemeinbildenden Schulen in Thüringen würde sich ein finanzieller Bedarf von rund 24 Mio. € ergeben. Aber nicht nur die unmittelbaren Kosten sollten dafür ins Kalkül gezogen werden. Mit einem Programm "Schulsozialarbeit" werden mit Sicherheit viele Folgekosten für die Gesellschaft in dieser Richtung verhindert. Die hier eingesetzten Mittel des Europäischen Sozialfonds, die wir dafür gern heranziehen würden und die Mittel des Landes könnten viele Probleme an Thüringer Schulen beheben. Auch die Erkenntnisse der Enquetekommission "Erziehung und Bildung in Thüringen" sprechen vehement für ein solches Programm. Schauen Sie sich doch bitte einmal die umfangreichen Unterlagen dazu an, Herr Illert, es lohnt sich. Das Jahr 2004 ist noch gar nicht so lange her. Auch der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung sieht es als notwendig an, Schule und Jugendhilfe in der Fläche stärker zu verknüpfen, denn nur so könne auf Problemlagen adäquat reagiert werden. Lassen Sie uns einen wichtigen, einen mutigen Schritt in diese Richtung gehen.

Meine Damen und Herren, der Abschlussbericht des Landesprogramms "Jugendarbeit an Thüringer Schulen" führt an, dass 75 Prozent der Schüler in den beteiligten Schulen einschätzen, dass diese Projekte an den Schulen etwas verändert hätten. Die Hälfte der befragten Schüler gab an, dass sie die Projekte an ihrer Schule mindestens zweimal in der Woche nutzen. Über 90 Prozent sprachen sich für eine Fortsetzung dieses Projekts an ihrer Schule aus. Auch die Schulamtsleiter wurden befragt. Drei Viertel von ihnen sahen in einem verbesserten Schulklima den wesentlichsten Erfolg des Programms. Eine Abnahme der Gewalt nannten immerhin 45 Prozent.

Meine Damen und Herren, ein neues Landesprogramm für Schulsozialarbeit würde eine wichtige Investition in die Zukunft der Thüringer Jugend bedeuten. Ich bitte Sie, folgen Sie dem Votum des Landesjugendhilfeausschusses, nehmen Sie die Bedarfe an Thüringer Schulen ernst und unterstützen Sie das Anliegen unseres Antrags.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wir würden eine Überweisung des Antrags an den Bildungsausschuss und an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit beantragen. Ich hoffe, dass Sie im Sinne der Thüringer Schulen, der Thüringer Lehrer, aber vor allem auch der Thüringer Schülerinnen und Schüler diesem Antrag folgen. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)